

„Rehabilitierung“ der Wolgadeutschen. Erst zu Jahresbeginn veröffentlichte das Mitteilungsblatt des Obersten Sowjets ein schon am 29. August 1964 erlassenes Dekret, das die von Stalin gegen die Wolgadeutschen erhobene Beschuldigung zurücknimmt, sie seien Parteigänger Hitlers, also Landesverräter, weswegen man sie nach Ausbruch des deutsch-russischen Krieges im Sommer 1941 allesamt, 500 000 Männer, Frauen und Kinder, nach Sibirien verbannt hatte. Sie besaßen bis dahin eine vom Kreml gewährte Autonomie, die *deutsche Wolgarepublik*. Auch diese legte 1941 ein Federstrich hinweg, als die grausam Vertriebenen, fast durchwegs Landarbeiter, jedes Eigentums, aller ihrer öffentlichen Einrichtungen beraubt, beraubt auch vielfach des Beisammenbleibens der engsten Gemeinschaft, der dörflichen und der familiären, irgendwo jenseits des Urals ausgeladen wurden.

Wenn der Kreml mit dem Dekret vom 29. August 1964 sein Schuldkonto verringern wollte, was freilich unglaublich ist — *darum liegt die eigentliche Ursache dieser Maßnahme im Dunkel* —, so hätte er den 1,7 Millionen Rußlanddeutschen eine Möglichkeit geboten, heimzukehren oder sich anderswo in einer geschlossenen Niederlassung zu vereinen. Das Dekret erwähnt jedoch ausdrücklich, daß in der früheren Wolgarepublik jetzt andere Sowjetbürger siedeln, eine Rückkehr sei unmöglich; immerhin befiehlt es den Behörden, den Wolgadeutschen fortan zu helfen und ihre nationale Eigenart zu achten.

Die meisten Deutschen Rußlands — etwa eine Million — leben gegenwärtig im Alta-Gebiet in Südsibirien, in Kasachstan, Usbekistan, Tadschistan, vereinzelt in Turbekistan, manche in eigenen Dörfern, die Mehrzahl ausgesät zwischen andere Völker, ihres Deutschtums aber bewußt. Im europäischen Rußland erhielt sich bloß bei Orenburg eine deutsche Volksinsel.

Einst spielten die Deutschen in Rußland eine sehr große Rolle, die Balten bei Hof, im Heer, in Verwaltung und Diplomatie; Handwerker, Kaufleute und Industrielle

in den Städten, besonders in Petersburg; auf dem Land im Süden die von Katharina und späteren Zaren herbeigerufenen Bauern, die breite Ländereien unter dem Pflug hatten. Den Weg zur europäischen Zivilisation lernte Rußland hauptsächlich von Deutschen gehen. Und selbst den Kommunismus, auf den Deutschland nie hereinfiel, bezogen die russischen Revolutionäre von dort.

Längst sind die deutschen Adligen und Stadtbürger verschwunden oder unsichtbar geworden, nur die Landarbeiter, ehemals wohlhabende, sehr tüchtige Bauern, wußten sich auch in der sibirischen Verbannung unter riesigen Opfern zu behaupten; ein Drittel von ihnen sind die nun entsühnten Wolgadeutschen. Das Dekret entschädigt sie nicht für das, was man ihnen entwendete; es kann auch Leid und Pein nicht abgelten. Es bekräftigt lediglich, daß sie — wie viele andere Deutsche in der Welt — unschuldig Unrecht erlitten hatten.

Seit Jahren hört man aus Sibirien von deutschen Schulgründungen und Kursen zur Heranziehung der dafür benötigten Lehrer. So bemerkenswert das ist, muß hier daran erinnert werden, daß 1939 in Rußland außer der Wolgarepublik noch 17 *national-deutsche Bezirke* bestanden, sogar in Asien, daß es dort überall ein deutsches, in der Wolgarepublik sogar recht dicht gewebtes Schulwesen gab, zwei deutsche Theater, 21 deutsche Zeitungen, viele Büchereien, sieben Lehrerseminare, wogegen heute nur zwei russische Lehrerbildungsanstalten deutsche Abteilungen haben. Es fehlt an deutschen Schulbüchern und Lehrern; es genügen die vorhandenen Schulen nicht. Die alte Wertschätzung genießt unverändert der Fleiß der Rußlanddeutschen, der ihnen auch in Sibirien ein Bestehen ermöglichte. Lutz Tilleweid

#### Protest gegen die rumänische Minderheitenpolitik

Der Präsident der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)“ Svend Johannsen, Rolighed in Dänemark, erklärte am 2. November 1964 in einem

Schreiben an den rumänischen Ministerpräsidenten I. Gh. Maurer, der letzte Kongreß der „Union“ habe festgestellt, *„daß der Rechtsstatus der ungarischen nationalen Minderheit in der Volksrepublik Rumänien nicht zureicht, um ihr besonderes nationales Leben aufrechtzuerhalten, weil die ihr genehmigten Minderheitenorganisationen direkt der Zentralgewalt des rumänischen Mehrheitsvolkes unterstellt und von deren Verordnungen abhängig sind, ohne daß Einspruchsmöglichkeit besteht. Die ungarische Minderheit, die 1,7 Millionen Menschen zählt, hat auch keine eigene politische Vertretung.“* Rumänien treibe eine Politik, *„deren Ziel offensichtlich die Entnationalisierung der ungarischen Minderheit ist“*; das aber sei unvereinbar mit dem Art. 21 der rumänischen Verfassung und mit dem Art. 2 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der UNO vom 10. Dezember 1948, der den freien Gebrauch der Muttersprache im Unterricht, die Pflege der nationalen Geschichte und Kultur, den Schutz des nationalen Erbes und seiner Denkmäler umfasse. Die ungarische Minderheit habe keine Möglichkeit zur Verteidigung gegen Diskriminierung, Entnationalisierung und Unterdrückung, könne auch keinen Schutz bei internationalen Behörden beantragen. Ministerpräsident Maurer werde daher gebeten, gegen eine solche Entrechtung einzuschreiten.

So begrüßenswert dieser, sicher erfolgreiche Brief ist, er wäre eindrucksvoller, träte er auch für die *anderen nationalen Gruppen Rumäniens* ein, die nicht einmal die arg durchlöchernte Gebietsautonomie haben, die in etlichen szeklerisch-ungarischen Bezirken noch irgendwie besteht.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Die „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen“ wandte sich am 4. November 1964 auch an Tito zugunsten der albanischen Minderheit in Jugoslawien, der Kossowaren. — Gehörte es nicht zu ihrer Aufgabe, sich ebenso eifrig um das Schicksal der Deutschen zu kümmern, die noch in Südosteuropa sitzen. Es sind etwa 800 000 Menschen, die Jahrhunderte lang die wichtigsten kulturellen, wirtschaftlichen und ethischen Helfer der mit ihnen zusammenlebenden Völker waren, 1944/45 Grauenhaftes erlit-

Daß die Bukarester Minderheitenpolitik Entvolkung erstrebt, bezweifeln im Westen nur Blinde, in Rumänien weiß es jeder, doch leugnen es manche. Zu jenen und diesen gehören in Westdeutschland und in Siebenbürgen einige miteinander in Beziehung stehende Deutsche, darunter evangelische Theologen; sie bemühen sich, Lage und Zukunftsaussichten ihrer Volksgenossen in Rumänien günstig darzustellen oder, wenn ihre Wahrheitsliebe das doch nicht fertigbringt, träumen sie davon, ein biblisches Wunder werde dereinst für Rettung sorgen.

Weniger peinlich, weil es Zwangsarbeit ist, muten die albernen Lobgesänge an, mit denen rumänien-deutsche Autoren im „Neuen Weg“, Bukarest, Taten und Menschlichkeit ihrer Regierung beweihräuchern. Dabei gestikuliert am eifrigsten Alfred Margul-Sperber, ein alter jüdischer Schriftsteller, der früher gute Verse und Übersetzungen schrieb; jetzt sank er zum langweiligsten Parteibarden herab.

Was die Menschlichkeit betrifft, so ließ sie 1964 weit weniger Rumäniendeutsche zur

**Familienzusammenführung** nach Westdeutschland auswandern als in den vorangegangenen Jahren<sup>2)</sup>, obwohl nun eine ständige westdeutsche Handelsmission in Bukarest sitzt, von der man hofft, sie werde die Rumänen überzeugen, daß es an der Zeit sei, seit zwanzig Jahren durch Zwang getrennten Zusammengehörigen, die sich in der Bundesrepublik vereinigen wollen, endlich den Weg durch den Drahtverhau zu öffnen, durch den Rumänien doch so gern bestimmte westliche Waren empfängt.

Freilich, wer jemals mit den endlosen Bemühungen um die Familienzusammenführung belastet war, hatte nicht allein mit der rumänischen Regierung zu rech-

ten und seither alles entbehren, was die „Union“ für Volksgruppen an Eigerechten fordert.

<sup>2)</sup> 1957: rd. 400; 1958: 1 250; 1959: 469; 1960: 2 217; 1961: 2 095; 1962: 1 675; 1963: 1 280; 1964: 867.

nen, er stieß immer wieder auf Stolperdrähte, die von den eben erwähnten „Optimisten“ gespannt worden waren. Darum wird es nötig, diese Grenzen überspringenden, keineswegs kirchenfernen, bis in die Bundesministerien in Bonn hineindrängenden Einflüsse aufzudecken. Woher kommen sie? Wohin fließen sie? Worauf zielen sie? Daß Derartiges sich regt, ist herzbeklemmend, wenn man die tragische äußere, die erschütternde innere Situation der Deutschen in Rumänien bedenkt und weiß, daß sich der Volkstod dort täglich neue Opfer greift. Die gewissenlose Behauptung des Gegenteils, an geeigneter Stelle eingepflichtet, sucht die Hilfsbereitschaft der westdeutschen Ämter und Persönlichkeiten zu bremsen, die bei ganzer Hingabe die Familienzusammenführung in weitem Umfang zweifellos bald erwirken könnten.

Lutz Tilleweid